

Anrede,

zunächst möchte ich mich für die Einladung ganz herzlich bedanken und für die einmalige Gelegenheit, hier in Wilhelmshaven von der Kanzel zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Das ist für mich jedenfalls eine Premiere.

Auch wenn meine Großväter Pastoren waren, habe ich selbst noch nie von einer Kanzel reden dürfen.

Und auch das Thema ist ja was Besonderes: ein sehr persönliches: Was mich treibt?

Eine Frage, die sich nicht nur PolitikerInnen, sondern viele Menschen immer mal wieder im stillen Kämmerlein stellen: Warum mache ich das eigentlich alles?

Gerade bei öffentlichen Ämtern wird diese Fragen immer häufiger gestellt: Warum soll ich mir das antun?

Das spricht nicht gerade für unseren Umgang, den wir in unserer Gesellschaft miteinander haben, dass Menschen immer weniger bereit sind, sich für ein öffentliches Amt bereit zu erklären.

Die Zumutungen durch die permanente Kommunikation im digitalen Zeitalter ständig herausgefordert, beschimpft, ja sogar bedroht zu werden, sind sicherlich nicht förderlich für die demokratische Kultur in unserem Lande.

Und das trifft nicht nur PolitikerInnen, sondern alle, die sich der öffentlichen Wahrnehmung aussetzen, sei es in ehrenamtlichen

Positionen, in der Kirche, bei Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen.

Irgendetwas treibt diese Menschen an, Dinge zu tun, die sie nicht tun müssten. Sie könnten einfach ihren Job machen und ihre Freizeit genießen.

Nun ist es bei mir so, dass ich seit 10 Jahren hauptamtlich Parlamentariern bin – damit also auch meinen Lebensunterhalt verdiene und eben nicht nur ehrenamtlich tätig bin.

Das Geld ist aber für mich ganz sicher nicht der Hauptantrieb für den täglichen Einsatz.

Ich habe einen Beruf gelernt, in dem ich glücklich war und der mehr Vereinbarkeit mit der Familie und einen gesünderen Arbeitsrhythmus zu bieten hatte.

Was also treibt mich persönlich an?

Warum bin ich ausgerechnet in der Politik gelandet und rechtspolitische sowie abrüstungspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion geworden?

Ich könnte jetzt sagen, das war purer Zufall. Vor 10 Jahren bin ich plötzlich als Quereinsteigerin auf der grünen Liste gelandet und wusste nicht wie mir geschah.

Bis dahin habe ich meine Zeit meinem Mann und meinen drei kleinen Kindern sowie meiner kleinen Anwaltskanzlei auf dem Dorf gewidmet.

Zwischen Selbstständigkeit und Familie verblieb lange Zeit keinerlei Raum für Politik.

Es reichte gerade noch für die Lokalzeitung am Morgen und die 20:00 Uhr Nachrichten am Abend.

Ich wusste aber auch in dieser Lebensphase immer, dass der Tag kommen würde, an dem ich mich politisch wieder mehr engagieren würde.

Und der Tag kam im Jahr 2005, als Kanzler Schröder Neuwahlen ausrief und ein Regierungswechsel anstand.

An diesem Tag habe ich beschlossen, mich wieder einzubringen und mitzuhelfen, die Zukunft zu gestalten.

Das war aber weniger eine spontane Idee als vielmehr das Wiederaufgreifen eines roten Fadens in meinem Leben, der einfach mal ein paar andere Schlaufen genommen hatte.

Im Nachhinein bin ich selbst erstaunt darüber wie der rote Faden im Leben immer wieder auftaucht, obwohl er manchmal nicht zu erkennen ist.

Was ist das für ein Antriebsfaden?

Ich will ihn für diese Rede mal in drei unterschiedliche Bestandteile auseinander nehmen.

Der erste Strang ist die Gerechtigkeit.

Schon als Kind konnte ich Ungerechtigkeit nicht ausstehen.

Es macht mich heute noch wütend und verzweifelt, wenn ich sehe, dass jemandem Unrecht getan wird und ich nichts dagegen tun kann.

Diese Ohnmacht zu überwinden – irgendwie dazu beizutragen, dass Menschen, aber auch Tiere und Umwelt zu Ihrem Recht kommen - ist für mich ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Antrieb.

Es war daher sicher auch kein Zufall, dass ich nach dem Abitur bei den Rechtswissenschaften gelandet bin.

Als ich mein Studium begann, dachte ich vor allem an internationales Recht, denn ich war überwiegend im Ausland aufgewachsen, wo ich irgendwie auch wieder hinwollte.

Aber das Leben geht ja meist ganz andere Wege als geplant.

Und mit 27 Jahren fand ich mich plötzlich als Dorfanwältin mit Familie in der niedersächsischen Provinz wieder und fand zu meinem Erstaunen heraus, dass die Rechtsberatung total zu mir passte und die Menschen meinen Rat schätzten.

Den unterschiedlichsten Menschen zu Ihrem Recht zu verhelfen, das hat mir 12 Jahre lang große Freude bereitet und ich habe mich nach meinem etwas überraschenden Wechsel in die Politik auch nur schwer von meiner kleinen Einzelkanzlei trennen können.

Ich bin auch heute noch innerlich mit Leib und Seele Rechtsanwältin – auch wenn ich seit Jahren keine Fälle mehr bearbeite.

Von der Rechtsanwendung zur Rechtssetzung war jetzt aber auch kein Bruch im roten Faden.

Wo die Gesetze endeten, konnte ich auch als Anwältin nicht weiterkommen. Deswegen wollte ich nun in der Gesetzgebung auf meine Erfahrung in der Rechtsanwendung anknüpfen.

So ist mir beispielsweise die Einführung einer Kindergrundsicherung zur Bekämpfung von Kinderarmut ein persönliches Anliegen, dass ich aus meiner Erfahrung als Familienrechtsanwältin heraus besonders verfolge.

Der zweite Strang des Antriebes hat auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun und das ist Frieden.

Was auch immer ich als Jugendliche über Krieg und Frieden und den Faschismus gelesen hatte – eins ist mir dabei klar geworden: Krieg ist die größte Ungerechtigkeit, die Menschen widerfahren kann.

Das Recht auf Leben ist nicht umsonst das erste aller Menschenrechte und Krieg daher ein Unheil, das um jeden Preis vermieden werden muss.

Die jüngere deutsche Geschichte beweist mit Grauen, dass es nichts gibt, wozu Menschen nicht fähig sind.

Wenn es also irgendetwas gibt, was ich tun kann, um zu helfen den Frieden zu bewahren, dann ist dies jeden Einsatz Wert.

Was für ein Glück, dass wir unsere Kindern in Frieden aufwachsen sehen können.

Wie viele Menschen in Kriegsgebieten wünschen sich nichts sehnlicher, als Ihre Kinder zur Schule schicken zu können ohne befürchten zu müssen, dass sie nie mehr zurückkommen?

Was haben alle anderen Probleme unseres Alltages noch für eine Bedeutung, wenn Krieg und Rechtlosigkeit herrschen?

Wenn irgendwo auf dieser nervösen Welt einer der hysterischen alten Männer den falschen Knopf drückt und nur eine einzige der nach wie vor tausend scharf gestellten Atombomben zündet, brauchen wir nicht mal mehr über die Einhaltung der Klimaziele von Paris diskutieren.

Die nukleare Bedrohung hat wieder massiv zugenommen, auch wenn diese in der öffentlichen Wahrnehmung derzeit nicht so im Vordergrund steht.

Ob nuklear oder konventionell: Krieg ist neben der menschlichen immer auch eine ökologische Katastrophe.

Sehr treffend bringt es das Zitat von Willy Brandt auf den Punkt: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Friede ist alles nichts.“

Frieden und Recht sind also zwei miteinander verwobene Fäden meines Antriebs.

Sie können ohne einander nicht existieren und bedingen sich gegenseitig.

Nur dort, wo das Recht herrscht, kann es Gewalt und Willkür entgegenwirken.

Es gilt also, die Stärke des Rechts zu fördern und nicht das Recht des Stärkeren.

Das gilt im Kleinen wie im Großen.

Innerhalb der Familie, in unserer Republik und international zwischen den Völkern.

In unserem demokratischen Rechtsstaat gilt das Gewaltmonopol des Staates.

Wenn ein Konflikt nur noch mit Mitteln der Gewalt beendet werden kann, übernehmen wir das nicht selbst, sondern rufen die Polizei.

Und wem Unrecht getan wird, bewaffnet sich nicht, sondern fordert vor Gericht sein Recht ein.

Bei allen Mängeln und Kritikpunkten an unserem Rechtsstaat, die immer bleiben, hat uns dieser Konsens in den letzten 70 Jahren ein Leben in Frieden ermöglicht.

Und dieser Konsens ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss immer wieder neu bestätigt werden.

Der letzte Krieg ist erst drei Generationen her und die letzten Augenzeugen sterben gerade aus.

Und schon droht der Konsens an einigen Stellen zu bröckeln. Wenn sich rechte Netzwerke ausgerechnet unter Beamten, Polizisten und Soldaten bilden können, die sich für einen Tag X bewaffnen oder Reichsbürger die Existenz der Republik negieren oder wenn die Grenzen zwischen Gewalttätern und V-Leuten des Verfassungsschutzes verschwimmen und ganz besonders, wenn Menschen in öffentlichen Ämtern ermordet werden - dann wissen wir, wie dünn das Eis ist, auf dem unser Frieden steht.

Dann sind wir alle gefordert - jede und jeder an seinem Platz. Die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates kann man nicht delegieren.

Das können wir nicht allein in den Parlamenten schaffen.

Das kann nur die Gesellschaft als Ganzes, also wir alle - ob in der Schule, in der Familie, bei der Arbeit, unter Freunden oder in der Öffentlichkeit.

Wo sich Menschenverachtung und Gewaltverherrlichung breit machen, ist es unsere Aufgabe zu widersprechen.

Das hört sich einfacher an als es ist und kann sehr unangenehm sein.

Es mag manchmal einfacher scheinen, einfach drüber wegzuhören und inakzeptable Äußerungen zu ignorieren. Frei nach dem Motto: Lass mich doch in Frieden.

So wird man aber nicht in Frieden gelassen.

Wer in Frieden leben will, kann diesem Konflikt nicht aus dem Weg gehen.

Die Sprache der Gewalt ist der Anfang der Gewalt.

Und wo Gewalttaten nicht mehr entgegengetreten wird, bricht der demokratische Rechtsstaat zusammen.

So war es in den 30er Jahren, als die SA die Hoheit über die Straßen übernahm, und so würde es auch morgen wieder sein, wenn wir uns dem nicht entgegenstellen.

Wir müssen also aktiv widersprechen, um in Frieden gelassen werden.

Und während wir innerhalb unserer Republik immer aufs Neue für den Erhalt unserer Demokratie kämpfen, erodiert um uns herum der internationale Frieden.

Dabei macht mir eines besonders Sorgen: die schwindende Erkenntnis um die Bedeutung des Rechts als Mittel gegen den Krieg.

Der bedeutendste Moment und die größte Erkenntnis nach zwei verheerenden Weltkriegen im 20. Jahrhundert war die Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen am 26. Juni 1945 – nicht mal 2 Monate nach dem Ende der Kampfhandlungen in Europa.

Kern der Charta ist das Gewaltverbot in Artikel 2 und die Schaffung einer Institution, der das Gewaltmonopol quasi übertragen wird.

Was sich im Inneren bewährt hat, soll damit auf die internationalen Beziehungen übertragen werden.

Eine Verrechtlichung der Konfliktlösung als Alternative zum Krieg.

Das Einmalige an den Vereinten Nationen und Ihrer Charta ist deren weltweite Anwendung und Geltung.

Jeder Unterzeichner-Staat hat sich mit seiner Unterschrift dem Gewaltverbot und dem Gewaltmonopol der Vereinten Nationen rechtlich verbindlich unterworfen.

Die internationale Gemeinschaft kann auf dieser Grundlage mit voller Legitimität in die Souveränität eines Mitgliedsstaates eingreifen, sofern der Sicherheitsrat eine Gefährdung des Weltfriedens feststellt – wenn es notwendig ist, sogar mit militärischer Gewalt.

Auch hier gilt mehr noch als bei unserem Rechtsstaat im Inneren: Trotz aller Mängel und Defizite dieser Institution, auch gerade der Zusammensetzung des Sicherheitsrates, ist sie immer noch ein gewaltiger Fortschritt zum Recht des Stärkeren wie es zuvor gegolten hat.

Deswegen ist es auch so beunruhigend, wenn diese Bindung an das geschaffene internationale Recht in Frage gestellt wird.

Besonders häufig macht das gerade der Präsident der Vereinigten Staaten, obwohl die Idee der Vereinten Nationen dort geboren wurde.

Er ist nicht der einzige, aber er geht noch einen Schritt weiter und hält sich einfach nicht mehr an Verträge, die sein Vorgänger geschlossen hat.

Das führt am Ende dazu, dass niemand mehr mit irgendwem Verträge schließt, weil nach jeder Wahl alles nicht mehr gelten könnte.

Aber auch unsere eigene Regierung nimmt es seit einigen Jahren mit dem Völkerrecht und dem Grundgesetz nicht mehr so ernst.

Seit 2015 beteiligen wir uns an Militäreinsätzen ohne UN Mandat – der sogenannten Koalitionen der Willigen in Syrien und im Irak.

Da höre ich dann immer häufiger, das Völkerrecht sei ja bekanntlich mal so und mal so auslegbar.

Nein und nochmals nein!

Die UN-Charta und das Gewaltverbot wurden teuer erkaufft durch 60 Millionen Tote des Zweiten Weltkrieges.

Diese Toten mahnen uns: Das Völkerrecht ist nicht beliebig!

Wer meint, er könne jetzt wieder selbst entscheiden, auf welche Vorfälle man mit militärischen Interventionen reagiert, öffnet die

Büchse der Pandora und lässt das Recht des Stärkeren die Welt regieren anstatt die Stärke des Rechts.

Die Erfahrung aber zeigt, wo das Recht einmal gebrochen wurde, wird die Konfliktlösung unendlich schwer.

Das zeigt sich in den von Israel besetzten Gebieten ebenso wie auf der von Russland besetzten Krim oder dem Konflikt im Kosovo.

Ich bin 1999 nach dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Serbien als einfaches Parteimitglied aus Protest bei den Grünen ausgetreten, nach nur drei Jahren Mitgliedschaft.

Trotzdem bin ich 2006 wieder eingetreten, denn letztlich hilft Untätigkeit ja auch nicht weiter auf dem Weg zum Weltfrieden.

Bei meiner Bewerbung für die Bundestagsliste habe ich offengelegt, dass ich den NATO-Einsatz gegen Serbien immer noch für falsch halte und dafür stehe, dass diese rote Linie der UN-Charta nie mehr verletzt werden darf.

Die Delegierten haben mich trotzdem oder gerade deswegen gewählt und so bin ich dann auch konsequenterweise in den Verteidigungsausschuss gegangen.

Frieden durch Recht - das ist der Weg aus der Gewaltspirale der Menschheit.

Das treibt mich an.

Jetzt habe ich Ihnen aber noch immer den dritten Strang meines Antriebes verschwiegen.

Das ist nach allem, was ich bisher gesagt habe, eigentlich ein irrationaler Strang.

Ich gebe zu, ich gehöre keiner Religion an, weil ich ein persönliches Problem mit religiösen Bekenntnissen haben, aber ich habe einen festen Glauben.

Einen Glauben, den viele für verrückt halten dürften.

Ich glaube an die Fähigkeit des Menschen als vernunftbegabtes Wesen –

an die Fähigkeit des Menschen, die Welt besser zu gestalten als sie es derzeit ist.

Mit anderen Worten: Ich habe noch Hoffnung.

Und ohne diese Hoffnung hätte ich sicher keinen Antrieb.

Hoffnung auf eine gerechtere, auf eine friedlichere Welt.

Um es von dieser Kanzel zu sagen: Es möge Frieden auf Erden werden!

Und ich möchte die Gelegenheit hier und heute nicht ungenutzt lassen, der Kirche dafür zu danken, dass ich sie immer wieder als Bündnispartnerin an meiner Seite finde - sei es im Kampf gegen Waffenexporte in Kriegsgebieten oder im Streit um bewaffnete Drohen.

Gerade die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung leistet mit ihrem jährlichen Rüstungsexportbericht eine fantastische Arbeit und bringt Ihr ganzes Gewicht in die friedenspolitischen Forderungen mit ein.

Ein solches Gewicht kann ich als einfache Abgeordnete der kleinsten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag nicht auf die Waage bringen.

Immer wieder zeigen Umfragen, dass Frieden den Menschen in unserem Land das wichtigste Anliegen ist.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass diesem Anliegen Rechnung getragen wird.

Dass wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass es doch eines Tages noch Frieden auf Erden für alle Menschen geben kann.

Und dass diese Hoffnung uns immer wieder antreibt.

Vielen Dank.